

aber fiel in die Zeit des Dritten Reiches. In engem Zusammenhang mit der Sanierung des Gängeviertels stand die systematische Erfassung sogenannter asozialer Einwohner («unwirtschaftliche Familien», «Arbeits scheue», «Kriminelle», «Wohlfahrtsbetrüger», «sittlich Gefährdete», «Trunksüchtige», «Querulanten»). Spannend zu lesen ist die Darstellung über die sozialräumliche Kartierung der verschiedenen asozialen Gruppen, sozusagen die Aufstellung eines »Sozialatlas der Gemeenschädlichkeit« für Hamburg. Ausgangspunkt für die Kartierung war die Auswertung der Wahlergebnisse (!). Gebiete mit hohen Anteilen an SPD- und KPD-Wählern sollten als sogenannte »Gesundungsgebiete« behandelt werden, ein Beispiel für eine systematisch-sozialräumliche Feindbekämpfung und für die Operationalisierung jener Grundidee, bei der der politische Gegner kollektiv als asozial (und krank) betrachtet wurde.

Der zweite und dritte Teil des Buches behandeln den Wohnungs- und Siedlungsbau. 300 Siedlungen wurden ermittelt und die Daten kategorisiert. Nach einem informativen Überblick über die einzelnen Phasen der Wohnungsbaupolitik (1933/34, 1935–1939, 1939–1945) folgt die Vorstellung bestimmter Typen von Wohnungsneubauten (Geschoßwohnungsbau, Volkswohnungen, Werkssiedlungen u. a. mehr). Darüber hinaus wurden einige Siedlungen exemplarisch in ausführlicher Form präsentiert. So steht Finkenwerder für den Wohnungsbau im Rahmen der Vierjahresplanbetriebe. Die sog. Tannenkoppel-Siedlung (1938/39) wurde für meist junge Facharbeiterfamilien aus dem Schwarzwald gebaut, die im Zuge der aufrüstungsorientierten Arbeitskräftemobilisierung nach Norden zogen. Für Parteifunktionäre waren die sog. Norwegerhäuser gedacht. (Hierbei handelte es sich um aus Norwegen importierte möblierte Siedlungshäuser, die 1943 »unter dem Preis« abgegeben wurden.)

Der vierte Teil des Buches widmet sich den zeitgenössischen Architekten und Stadtplanern. Unter anderem erfährt man hier, daß ein Teilzweck der »Gleichschaltung« 1933/34 darin gelegen habe, in Zukunft den etablierten Berufsstand vor einer Überbesetzung besser als bisher zu bewahren. So habe die Gründung der Reichskammer der bildenden Künste und ihrer Architektenabteilung mit den restriktiven Aufnahmebedingungen durchaus dem Wunsche des Bundes deutscher Architekten entsprochen.

Insgesamt handelt es sich um ein informatives, problemorientiertes, gut dokumentiertes und bebildertes Buch, das schon vom Ansatz her die Fachgrenzen überschreitet. Wegen der Verbindung städtebaulicher Fragestellungen mit historisch-politischer Interpretationen ist diese Studie auch für Fachhistoriker(innen) nützlich. *Adelheid von Saldern, Hannover*

Heinrich Becker/Hans-Joachim Dahms, Cornelia Wegeler (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, K. G. Saur, München/London/New York/Oxford/Paris 1987, 523 S., Linson, 58 DM.

Das von Wolfgang Fritz Haug in den 60er Jahren geprägte, inzwischen berühmt gewordene Schlagwort vom »hilflosen Antifaschismus« war seinerzeit aus der Kritik an der Unfähigkeit der bundesdeutschen Universitäten entstanden, die Zeit des Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Das galt in besonderem Maße für ihre eigene Rolle in den Jahren der braunen Diktatur. Wer bis vor nicht langer Zeit eine der universitären Jubiläumsschriften zur Hand nahm, wurde immer wieder peinlich berührt, mit welchen auffallend eiligen und nichtssagenden Floskeln über jene Zeit hinweggegangen wurde, wenn man sie überhaupt erwähnte. Erst mit dem Generationenwechsel an den Universitäten ist ein Wandel eingetreten, gilt die Analyse dieses trüben Kapitels deutscher Universitätsgeschichte nicht mehr als akademische Nestbeschmutzung, wie noch die Nachfragen der studentischen Protestbewegung vor 20 Jahren. Die vorliegende Untersuchung über die Universität Göttingen ist eine Pionierarbeit in mehrfachem Sinne. Quasi als Anti-Festschrift zum 250jährigen Bestehen konzentriert sie

sich allein auf die Jahre 1933 bis 1945 und schließt damit die bisher üblichen Relativierungen in der breiteren Perspektive einer zumeist angenommenen großen Vergangenheit von vornherein aus. Zum anderen – und wichtiger – ist sie das Ergebnis der Zusammenarbeit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die minutiös die Geschichte der einzelnen Fakultäten, Fächer und Institute erhellt. Vorgestellt werden die dort Lehrenden, die Verluste nach den Vertreibungen durch das Beamtengesetz vom April 1933 sowie die personellen Kontinuitäten – und damit auch der Lehrinhalte – nach 1945. Auffallend ist, daß die 16 Mitarbeiter bis auf einige Ausnahmen zur Nachkriegsgeneration gehören oder gar erst in den 50er Jahren geboren sind, also nicht zum etablierten Lehrpersonal der Universität zählen. Schließlich bietet der Band über die Universitätsgeschichte hinausgehend einen vorzüglichen Einblick in die Entwicklung der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen unter dem Nationalsozialismus, einerseits ihrer Politisierung und Ausrichtung auf die völkische Ideologie, andererseits aber auch ihrer starken Funktionalisierung auf politisch gewünschte Berufspraxis. In der Ökonomie beispielsweise bemühten sich nicht nur die neuberufenen NS-Ideologen um die Formulierung einer konformen Wirtschaftslehre, daneben sind auch freigewordene Lehrstühle und die Studienanteile etwa für Betriebswirtschaftslehre oder Mittelstands- bzw. Handwerksökonomie im Rahmen der 1937 reichseinheitlich beschlossenen Prüfungsordnung umgewidmet worden.

Aufschlußreich sind die Hinweise, daß die ideologische Ausrichtung der Studenten durch die NS-Wissenschaftspolitik offenbar nicht immer total und eindeutig war. Hatte etwa in der staatswissenschaftlichen Fakultät das Verhältnis von Studenten der Rechtswissenschaften zu denen der Wirtschaftswissenschaften im Wintersemester 1932/33 bei 10 : 1 gelegen, so sollte sich diese Relation bis zum Sommersemester 1939 auf 4 : 1 verringern, woraus zu schließen sei, so der Autor, daß der Staatsdienst und insbesondere der Richterberuf zunehmend unbeliebter geworden waren.

In jeweils weiten Rückgriffen auf das universitäre Profil Göttingens in den 20er Jahren räumen die Beiträger mit der akademischen Lebenslüge des unpolitischen Professors auf. An vielen Beispielen zeigen sie, wie sich der Lehrkörper mit wenigen Ausnahmen nie mit der Weimarer Republik identifiziert hat, wie mehr als ein Drittel der Professoren sich aktiv parteipolitisch, mehrheitlich in der DNVP, engagiert hat. Geräuschlos war dann auch die Gleichschaltung nach 1933. Mit 52 Entlassungen lag Göttingen im Vergleich zu anderen Universitäten eher auf den hinteren Plätzen. Aussagekräftigere Konturen ergeben sich allerdings, wenn man auf die einzelnen Fakultäten blickt oder auch verschiedene disziplinarisch zu wertende Umbesetzungen zu anderen Universitäten berücksichtigt. Erhellend sind etwa die Tatsachen, daß im Bereich der Theologie niemand entlassen wurde, ja die Göttinger Fakultät sich unter dem eifernden Emanuel Hirsch zu einer Hochburg der sogenannten Deutschen Christen entwickelte, daß der Historiker Percy Ernst Schramm in der Uniform der Reiter-SA durch die Stadt gockelte, daß andererseits in der Physik und Mathematik eine ganze Forschungstradition zerstört wurde, die Göttingen einmal zu einem Weltzentrum in diesen Disziplinen gemacht hatte. Prägnant wird auch hervorgehoben, welche aktive Rolle besonders die Privatdozenten und außerordentlichen Professoren bei der Gleichschaltung spielten, die sich von der Vertreibung ihrer Kollegen und der Anbiederung an die Nazis etwas für ihre Karriere erhofften.

Zu wünschen wäre gewesen, wenn die Autoren auch der Frage nachgegangen wären, wie sich diese Entwicklung auf den internationalen Ruf der Universität ausgewirkt hat. Zu denken ist etwa daran, ob und wie die Universitäten des Auslandes auf die Einladungen zu der grandios inszenierten 200-Jahr-Feier 1937 reagiert haben.

Beklemmend wirkt schließlich die Schilderung der wiederum nahezu bruchlosen Kontinuität nach 1945. Der universitäre Neubeginn wäre – so die Autoren – nicht zu bemerken gewesen, wenn nicht das Eingreifen der britischen Besatzungsmacht für eine Entlassung der aktiven Nazis gesorgt hätte. In den folgenden Spruchkammerverfahren sind viele dann sukzes-

sive entlastet worden, ehe mit dem sogenannten 131er Gesetz ein letzter Schub auf die alten Stellen zurückkehren konnte. Eher die Ausnahme bildete der üble Antisemit Klaus Wilhelm Rath von der Staatswissenschaftlichen Fakultät. Er wurde 1948 bei der Entnazifizierung in die Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft, die immerhin eine Beschäftigung als Hochschullehrer ausschloß. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde er dann 1950 als Mitläufer klassifiziert (Gruppe IV), was ihm die Rückkehr an die Universität ermöglicht hätte. Doch in diesem Falle weigerte sich die Fakultät, ihn in die Berufsliste aufzunehmen. Beileibe war das jedoch kein neuer demokratischer Geist, denn zur gleichen Zeit konnte dort ein aus dem gleichen verquastenen theoretischen Lager der 30er Jahre stammender Wirtschaftswissenschaftler lehren, der schon 1944 berufen worden war, aber wegen der Kriegswirren sein Amt erst 1945 – gleichsam ein unbelasteter Neubeginn – antrat. An die Emigranten erinnerte man sich nur unter Druck der Besatzungsmacht, konkrete Angebote wurden vielfach bis in die 50er Jahre hinausgezögert. Von den 52 Vertriebenen sollten nur zwei, der Philosoph Georg Misch und der Jurist Gerhard Leibholz, zurückkehren.

*Claus-Dieter Krohn, Hamburg*

Engelbrecht Boese, Das Öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich (= Bibliothek und Gesellschaft), Bock & Herchen, Bad Honnef 1987, VI, 404 S., kart., 68 DM.

Auch in bezug auf das Öffentliche Bibliothekswesen also hat nun die sogenannte und längst überfällige Vergangenheitsbewältigung verstärkt eingesetzt. Engelbrecht Boese verfolgt mit seiner als Dissertation an der Universität Mainz entstandenen Arbeit zwei Ziele: Einmal sollen die Veränderungen festgestellt werden, die das Büchereiwesen durch den Einbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erfahren hat, zum anderen soll gewichtet werden, welcher Stellenwert dieser Phase im Kontinuum einer 200jährigen Entwicklung beizumessen ist. Gleichsam aus der »Froschperspektive« wird die Geschichte des Büchereiwesens aufgezeichnet, wobei die Verknüpfung mit dem gesamten historischen und politischen Kontext gewahrt bleiben soll.

An eine einleitende Kurzdarstellung der Geschichte des Büchereiwesens vor 1933, die eine präzise Darstellung des sogenannten Richtungsstreites enthält, schließen sich zwei Kapitel an, die den büchereipolitischen und -theoretischen Umbruch aus der Sicht des Faches skizzieren. Da der NS-Staat über kein büchereipolitisches Konzept verfügte, flammte der Richtungsstreit erneut auf. Ob der einst sozialdemokratisch orientierte Walter Hofmann mit seiner Absicht, die Bücherei zum Instrument einer kultur- und gesellschaftspolitischen Veränderungsstrategie zu machen, oder der ursprünglich stärker dem Dienstleistungsgedanken verpflichtete Wilhelm Schuster: Im Wettlauf um die Gunst des Regimes dienten die einstigen Wahrer humanistischen Erbes ihre konträren Auffassungen an und trugen so entscheidend bei zur beschleunigten Gleichschaltung der Büchereien. Auch ursprünglich nicht-nationalsozialistische Bibliothekarinnen und Bibliothekare zeigten eine Assimilationsbereitschaft, die über bloßen Opportunismus hinausging. Überzeugend gelingt der Nachweis, daß es 1933 im deutschen Büchereiwesen keine Stunde Null gab, in der eine uniforme Macht an die Stelle der alten Gewalten trat, sondern daß Wortführer vom Schlage Walter Hofmanns ihren Teil dazu beitrugen, das Dritte Reich herbeizuschreiben.

In drei folgenden Kapiteln wird die Entwicklung nationalsozialistischer Büchereipolitik von der Gleichschaltung bis zur Herausbildung einer fachlichen Infrastruktur durch die »Richtlinien für das Volksbüchereiwesen« beleuchtet. Nachdem das anfängliche Kompetenzgerangel zwischen Reichspropagandaministerium und Reichserziehungsministerium zu des letzteren Gunsten entschieden und die Gleichschaltung vollzogen war, wurde der bibliothekarische Berufsstand vollends für das neue System eingenommen, weil es der nationalsozia-